

## Out of COVID

### Nachhaltigkeitspolitik nach der Pandemie\*

#### Einleitung

Der Titel des Vortrags, ›Out of COVID‹, enthält viele Fragen und vielleicht auch das ein oder andere Ausrufezeichen. Im Zentrum steht das Thema der Nachhaltigkeitspolitik nach der Pandemie. Der Vortrag gliedert sich in drei Teile. Ich setze voraus, dass es ein ›Vorher‹ gegeben hat, das heißt einen Status quo ante vor der Pandemie. Aus der Perspektive eines Zeitzeugens möchte ich in diesem Abschnitt einen kursorischen Rückblick auf 40 Jahre Umweltpolitik vor 2019 legen, weil wir nicht bei null anfangen. Im zweiten Teil möchte ich einige Erfahrungen vom Leben während der Pandemie preisgeben, das heißt, ich möchte eine Art Phänomenologie (in einem weiten Verständnis dieser philosophischen Methodik) von Alltags- und Naturerfahrungen im ›Während‹ darlegen. Der dritte Teil betrifft das ›Danach‹ in normativer und politisch orientierender Absicht. Ich setze nicht voraus, dass es nie wieder eine Pandemie geben wird. Aber ich setze voraus, dass es eine Zeit nach der Coronavirus-Pandemie geben wird. Mit Blick auf das Danach spreche ich aus der Perspektive eines Staatsbürgers, der viele Jahre lang ein Interesse an Umwelt- und an Nachhaltigkeitspolitik hatte und auch weiterhin haben wird.

Ein wenig Philosophie vorweg: Wie stehen im Grunde vor einer doppelten Negation des Status quo ante, das heißt der bundesdeutschen Gesellschaft (und nur auf diese beziehe ich mich) vor der Pandemie. Einmal hat es vor der Pandemie eine normative Negation gegeben im Lichte von Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit, Forderungen aus dem Bereich der Umweltethik, an denen ich mich selbst beteiligt habe. Zu dieser normativen Negation – und jede moralische Forderung negiert einen Moment des Bestehenden – kam eine kontingente Negation. Wie Rudolf Stichweh dies in seinem Vortrag (20.5.2021)

---

\* Das Video zum Vortrag, der am 7.6.2021 im Rahmen der digitalen Ringvorlesung *Die Coronavirus-Pandemie und ihre Folgen II* der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel gehalten wurde, ist einsehbar unter: <https://doi.org/10.5446/57164>.

gesagt hat,<sup>1</sup> war dies der Kontingenzeinbruch der Coronapandemie mitsamt der diversen Lockdowns, die wir miterlebt haben. Nun kommt es darauf an – dies kann man von Hegel lernen – gewissermaßen die Negation der Negation zu denken. Die Negation der normativen Negation würde bedeuten, zurück zu einer Art *business as usual* zu wollen, zurück zur ›guten alten Zeit‹ des ja in vielerlei Hinsicht erfolgreichen und beliebten bundesrepublikanischen Wohlstandsmodells. Die einfache Negation der Kontingenznegation der Pandemie wäre, endlich wieder vieles tun zu dürfen: volle Stadien, volle Konzertsäle, volle Reisebusse und Flieger usw. Das verstehe ich nur allzu gut. Mit Nietzsche gesagt: Das ist »allzumenschlich«.<sup>2</sup> Und beide Negationen können sich auch verbinden zu bestimmten Politikangeboten eines Zurück zur angeblich guten alten Normalität.

Es gibt aber auch eine andere Strömung in unserer Gesellschaft, die nenne ich die abstrakte Negation. Sie formuliert das genaue Gegenteil zum Zurück. Da ist von einer großen Transformation die Rede, die jetzt anstehe. Es ist vom Klimanotstand, von Post-Wachstum und *Degrowth* die Rede. Es gibt Strömungen und Sehnsüchte nach globaler Gerechtigkeit, nach Umverteilung des Reichtums und der Ressourcen, nach Abbau von Ungleichgewichten und Ungleichheit. Gegen den politischen Liberalismus werden Konzeptionen agonaler Demokratie ins Feld geführt, mehr Polemik, mehr Auseinandersetzung, mehr ziviler Ungehorsam, mehr Protest, vielleicht sogar Widerstand. Es ist wieder schick geworden, die Systemfrage zu stellen. Es gibt weltberühmte Philosophen wie Bruno Latour, die dazu auffordern, einen existentialpolitischen *Kampf um Gaia* zu beginnen.<sup>3</sup> Helge Peukert schließt daran mit Vorschlägen an, einen klimapolitischen Ein-Grad-Kriegsplan durchzuführen,<sup>4</sup> was eine Politik des Klimanotstandes wäre. Interessanterweise wird häufig die kontingente Negation, nämlich die COVID-Politik, die ja drastische Einschränkungen der Freiheitsrechte mit sich brachte, als Vorbild für eine radikale ›Danach-Politik‹ genommen, nach dem Motto: Da sieht man doch, welche politischen Strategien und Maßnahmen getroffen werden, wenn hart durchgegriffen werden muss, um Notlagen abzuwenden. Das ist dann die abstrakte Negation, die sich die kontingente Negation zum Vorbild nimmt. Die abstrakte Negation stützt sich auf bestimmte hochgradig verdichtete Narrative. Ich zitiere Bruno Latour: »Es hört nicht mehr auf, jeden Tag geht es von vorne los. An einem Tag ist der Anstieg der Gewässer, am nächsten das unfruchtbar werden der Böden. Abends geht es um das beschleunigte Verschwinden des Packeises, Tausende von Arten verschwinden, jeden Monat liegen die CO<sub>2</sub>-Werte in der Atmosphäre höher als die Arbeitslosenzahlen. Jedes Jahr erfahren wir, dass es das wärmste seit Beginn der Messungen ist. Der Meeresspiegel steigt unaufhörlich, die Frühjahrsstürme bedrohen die Küsten-

---

1 Vgl. den Beitrag *Resonanz auf das Virus* von Rudolf Stichweh im vorliegenden Band: <https://dx.doi.org/10.38072/978-3-928794-82-4/p16>.

2 Friedrich Nietzsche: *Menschliches, Allzumenschliches*. Ein Buch für freie Geister. Chemnitz 1878, Titelformulierung.

3 Bruno Latour: *Kampf um Gaia*. Berlin 2017.

4 Helge Peukert: *Klimaneutralität jetzt!* Marburg 2021, S. 466-472.

regionen immer stärker, der Ozean erweist sich bei jeder Untersuchung als saurer.«<sup>5</sup> Das ganze Narrativ wird ohne Zahlen, ohne genaue Quellen, ohne genaue Angaben präsentiert. In einer breiten Literatur werden solche Narrative dann unbesehen weitergereicht.<sup>6</sup>

›Out of COVID‹ hat also drei idealtypische Optionen: Erstens ein Zurück zum Status quo ante. Die Pandemie gilt als eine Art Unfall und Zwangspause, die hoffentlich baldmöglichst beendet sein wird. Die zweite Option ist Apokalyptik, Notstandsethik und die Forderung nach einem Umbruch der Gesellschaft mit der Pandemiepolitik als eine Art Vorbild. Ich werde in diesem Vortrag für den dritten Weg plädieren, für einen nüchternen, aber energischen Reformismus. Ich werde die Pandemie als eine Art Kairos, als ein ›window of opportunity‹ für Schübe von Reformpolitik ansehen. Und bei dieser Art der Negation, die auch die Negation der ersten beiden Optionen ist, versuche ich einen möglichst hohen Konkretionsgrad zu erreichen. Ich orientiere mich an Hegels Idee einer ›bestimmten Negation‹.<sup>7</sup> Im dritten Teil wird von dieser bestimmten, einer reformerischen Negation die Rede sein.

Die allgemeinethischen Prämissen, die ich voraussetze, ohne dass ich sie hier entfalten könnte, nenne ich stichpunktartig: Ich vertrete eine Diskurstheorie praktischer Vernunft, die an Hönigswald, Apel und Habermas anschließt.<sup>8</sup> Das ist ein prozedurales Modell von Ethik, das uns verpflichtet, so gut zu argumentieren, wie wir es im Bereich der praktischen Vernunft vermögen, da wir uns als Vernunftwesen gegenseitig die besten Gründe, die wir kennen, schuldig sind, damit wir im Idealfall die besten Gründe miteinander teilen. Demokratie-theoretisch schließt sich die deliberative Demokratietheorie von Habermas aus *Faktizität und Geltung* an.<sup>9</sup> In der Umweltethik vertrete ich eine Konzeption, die ich ›tiefe Anthropozentrik plus X‹ nenne.<sup>10</sup> Dort werden verschiedene Werthinsichten auf Natur unterschieden: a) Angewiesenheitswerte, b) eudaimonistische Gründe, die sich auf ein gutes, reiches Leben mit Natur beziehen. ›Plus X‹ bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Frage nach möglichen moralischen Selbstwerten für Naturwesen. Das führt in die Debatte zwischen Anthropozentrik und Physiozentrik.<sup>11</sup> Ich versuche also, zunächst eine möglichst tiefe Anthropozentrik zu entwickeln, die uns sensibel macht für die Frage, welche Naturwesen könnten um ihrer selbst willen direkt moralisch zu

---

5 Latour, Kampf um Gaia (wie Anm. 3) S. 21.

6 Beispiele finden sich in Frank Adloff, Sighard Neckel (Hrsg.): Gesellschaftstheorie im Anthropozän. Frankfurt 2020.

7 Robert Pippin: Die Logik der Negation bei Hegel, in: Anton Koch et al. (Hrsg.): Hegel – 200 Jahre Wissenschaft der Logik. Hamburg 2014, S. 87-107.

8 Hierzu Konrad Ott, Veronika Surau-Ott: Richard Hönigswalds Sprachphilosophie und die ›Frankfurter‹ Diskursethik, in: Zeitschrift für Kulturphilosophie 11,2 (2017), S. 135-157.

9 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main 1992.

10 Konrad Ott: Mapping, Arguing, and Reflecting Environmental Values: Toward Conceptual Synthesis, in: Odin Lysaker (Hrsg.): Between Closeness and Evil. Oslo 2020, S. 263-291.

11 Ausführlich hierzu Konrad Ott: Umweltethik zur Einführung. Hamburg 2010, Kap. 5 passim.

berücksichtigen sein. Gleichwohl werde ich das Selbstwertproblem hier nicht behandeln. Aus dem Kontext des Sachverständigenrates für Umweltfragen<sup>12</sup> heraus habe ich zusammen mit dem Ökonom Ralf Döring eine Konzeption von ›Starker Nachhaltigkeit‹ entwickelt.<sup>13</sup> ›Stark‹ heißt, dass unabhängig davon, wie sich die anderen Kapitalbestände einer Gesellschaft entwickeln mögen, sie verpflichtet ist, die noch verbliebenen Naturgüter und -kapitalien aus Verantwortung für zukünftige Generationen in Ansehung vieler naturbezogener Werte mindestens konstant zu halten und gegebenenfalls in Naturgüter zu investieren, etwa Renaturierung zu betreiben. Der Naturschutz ist für die Konzeption ›Starker Nachhaltigkeit‹ und für die ›tiefe Anthropozentrik plus X‹ essentiell.

Seit ungefähr sieben, acht Jahren hat sich mein Interesse auch ausgerichtet an der Frage nach der Kohärenz von Gesellschaft im sich abzeichnenden Wandel. Ein Student meinte einmal: »Crash and rebuild!« Ich antwortete: »Crash‹ ist vergleichsweise einfach, ›rebuild‹ ist schwer und schon viele Revolutionen sind in Anarchie versunken oder in Diktatur umgeschlagen.« Ich nehme also ein Vernunftinteresse an sittlichen Lebensformen an, wobei ich an Hegels Idee der Sittlichkeit anknüpfe.<sup>14</sup> Seit 2019 ist an meinem Lehrstuhl für Philosophie und Ethik der Umwelt ein Projekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) angesiedelt mit dem Titel ›Sittlichkeit und Nachhaltigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft‹.<sup>15</sup>

## Vorher

Wir betreiben in Deutschland seit vielen Jahren Umweltpolitik. Wir haben den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Kernkraft praktisch umgesetzt. Die letzten Meiler gehen Ende 2022 vom Netz. Wir sind mitten im Prozess des Abschieds von fossilen Energieträgern. Gegenüber 1990 wurden Treibhausgase um 40 Prozent reduziert. Ich selber habe mich nach 2000 im Kampf gegen eine neue Generation von Kohlekraftwerken engagiert – nicht ohne Erfolg. Das geplante Kohlekraftwerk Lubmin wurde nach Protesten nicht gebaut. Der Kohleausstieg ist nun für 2038 beschlossen, vielleicht kann man ihn noch beschleunigen. Die Transformation zu erneuerbaren Energiequellen ist durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz<sup>16</sup> auf den Weg gebracht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse) ist projektiert,

---

12 Webseite des Sachverständigenrates für Umweltfragen: <https://www.umweltrat.de/> (letzter Zugriff: 2.3.2022).

13 Konrad Ott, Ralf Döring: Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg 2011.

14 Konrad Ott: Sittlichkeit und Nachhaltigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft. Eine Forschungsagenda, in: Andreas Bührer, Anja Franke-Schwenk, Tine Stein (Hrsg.): Endlichkeit – Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft. Bielefeld 2016, S.150- 177.

15 Webseite zum DFG-Projekt: <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/433287307> (letzter Zugriff: 2.3.2022).

16 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Das Erneuerbare-Energien-Gesetz: <https://www.erneuerbare-energien.de/EE/Redaktion/DE/Dossier/eeg.html> (letzter Zugriff: 2.3.2022).

was nicht ohne Konflikte abgehen wird. Ich gebe zu bedenken, dass ein Industrieland, das 16 Jahre nach dem Ausstieg aus der Kernkraft die Kohleverstromung beendet, keine kleine energiepolitische Leistung vollbringt. Ob Deutschland noch 15 oder noch 18 Jahre Kohle verbrennt, ist für die Menge der globalen Emissionen (36 Gigatonnen 2020) marginal.

Wir haben seit den 1980er Jahren durch Luftreinhaltung das Waldsterben bekämpft und müssen uns jetzt wieder, aus anderen Gründen, um den Wald sorgen. Immerhin sind die Schwefeldioxid-Emissionen um über 90 Prozent reduziert worden. Wir haben die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union<sup>17</sup> umgesetzt. Städtische Grünanlagen und Grüngürtel sind in einem besseren Zustand als früher. Wir haben beschlossen, auf Gentechnik an Pflanzen und Tieren weitgehend zu verzichten. Wir haben das System der Naturschutzgebiete auf mindestens zehn Prozent der Landesflächen ausgeweitet. Die Schutzgebiete sind das Rückgrat des Naturschutzes. Wir können auf ein sehr erfolgreiches Nationalparkprogramm zurückblicken. Mittlerweile hat jedes Bundesland außer den Stadtstaaten mindestens einen oder mehrere Nationalparke. Die Naturwaldentwicklung etwa im Nationalpark Bayerischer Wald ist 50 Jahre nach dessen Gründung faszinierend. Die Wölfe sind (nicht zur Freude aller) zurück. Die Stoffpolitik hat die ›harten‹ Giftstoffe aus der Umwelt entfernt: Einführung bleifreies Benzin, Verbot von Asbest, Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT) und anderen toxischen Substanzen. In der Mülltrennung und in der Kreislaufwirtschaft sind wir einige Schritte gegangen. Wir haben angefangen, den organischen Landbau auszuweiten. Da sollten wir freilich noch besser werden – und zwar nicht gegen, sondern in neuen Koalitionen mit den in der Landwirtschaft Tätigen. Vielleicht am wenigsten erreicht haben wir beim Tierwohl in der Domestikation. Aber auch hier ist ein kultureller Wandel hin zum Vegetarismus oder zumindest eine Abkehr vom Industriefleisch nicht zu verkennen.

Man kann also nicht sagen, dass in den vergangenen Jahrzehnten keine Umweltpolitik gemacht worden ist. Natürlich ist Politik niemals nur Umweltpolitik. Viele Verzögerungen und Versäumnisse der letzten zwölf, 13 Jahre lassen sich dadurch erklären, dass Umweltpolitik im Angesicht rezenter Krisen immer auch auf die lange Bank geschoben worden ist. Das kann man kritisieren. Aber denken Sie nur an den Balkankrieg, an den Irakkrieg. Man denke bitte auch an den Aufbau Ost, der uns nach 1990 lange beschäftigt hat und auch Umweltsanierung gewesen ist. Wir hatten dann eine Weltwirtschaftskrise, die uns mehrere Jahre in Atem gehalten hat. Wir wurden mit den Folgen des ›Arabischen Frühlings‹ konfrontiert. Die damit zusammenhängenden Ereignisse und ihre Folgen (Libyen, Syrien und zuletzt der sogenannte ›Islamische Staat‹) haben uns intensiv beschäftigt. Wir hatten und haben ferner diverse EU-Krisen, ich nenne nur Griechenland, Brexit, Ungarn und Polen, die politische Aufmerksamkeit gebunden haben. Im Migrationsjahr 2015 haben wir 1,2 Millionen Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten aufgenommen. Das Geschehen an den EU-Außengrenzen ist ein politischer Dauerbrenner geworden,

---

17 Europäische Union: Wasserrahmenrichtlinie: <http://data.europa.eu/eli/dir/2000/60/2014-11-20> (letzter Zugriff: 25.3.2022).

mit schweren Verwerfungen innerhalb des europäischen Staatenverbunds. Aber auch in anderen Bereichen der Außenpolitik hatten wir schwierige Jahre: die Trump-Administration, die Krise um die Ukraine (Krim-Annexion), den Aufstieg Chinas zur innenpolitisch repressiven und außenpolitisch immer aggressiveren Weltmacht. Und dann kam eben noch die Coronapandemie dazu.

Man kann sagen, dass die Kanzlerschaft Angela Merkels, die jetzt ihrem Ende entgegengeht, von diesen Krisen maßgeblich geprägt war. Und in Krisen, das wiederhole ich, neigt die Politik dazu, Umweltpolitik auf der Agenda nach hinten zu schieben, weil andere Dinge dringlicher erscheinen. Dies kann man kritisieren, aber man muss die Mechanismen verstehen. Gleichwohl sieht man sich im Moment mit scharfen Vorwürfen der Unterlassung konfrontiert. So schreibt wiederum Latour im *Kampf um Gaia*: »Allem Anschein haben wir uns als diejenigen entpuppt, die vor 30 oder 40 Jahren hätten handeln können und die nichts getan haben oder fast nichts.«<sup>18</sup> Und Peukert meint: »Die Zeiten, in denen ein systemimmanenter Gradualismus möglich gewesen wäre, hat man verstreichen lassen.«<sup>19</sup> Fast nichts hätten wir getan, die Zeit nur verstreichen lassen. Noch einmal Latour: »Am verrücktesten sind vermutlich die, die zu glauben scheinen, dass sie trotz allem etwas tun könnten. Dass man im Rahmen der bestehenden Institutionen rational handeln sollte. Aber sie leiden vermutlich am bipolaren Syndrom.«<sup>20</sup> Die, die noch an Reformen glauben, gelten also als psychisch gestört. Da erfolgt eine pathologisierende Ferndiagnose aus der Perspektive postmoderner Philosophie. Ich widerspreche. Es scheint mir mit dem, was ich Ihnen als Rückblick angeboten habe, schwer zu vereinbaren, dass man leichthin sagt, es sei fast nichts getan worden.

## Während

Wir haben alle unser Leben in der Pandemie führen müssen. Viele Praktiken sind uns lieb und wert geworden, andere wurden fraglich. Ich möchte nicht abstrakt über Wertewandel in der Pandemie reden, denn ich glaube, man kann über Wertschätzungen und Wertewandel nur dann reden, wenn man auch bereit ist, über eigene Erfahrungen zu sprechen, von denen man hoffen darf, dass sie es wert sind, anderen mitgeteilt zu werden. Häufig müssen wir bestimmte Erfahrungen einander mitteilen, um sie miteinander teilen zu können. Deswegen folgt nun eine Phänomenologie von Alltags- und Naturerfahrungen. Das ist immer die ›first-person‹-Perspektive einer spezifischen Person, hier eines 61-jährigen Mannes, der zu Beginn der Pandemie damit rechnen musste, dass eine Infektion

---

18 Latour, *Kampf um Gaia* (wie Anm. 3), S. 22-24.

19 Peukert, *Klimaneutralität jetzt!* (wie Anm. 4), S. 469.

20 Latour, *Kampf um Gaia* (wie Anm. 3), S. 30.

in seinem Alter einen schweren Verlauf nehmen konnte. Das eigene Alter (60+) galt als Beginn der ansteigenden Risikokurve.

Unter der Infektionsdrohung wurden die Erfahrung und der Umgang von und mit Leiblichkeit wichtiger. Wohl nicht nur ich habe versucht, den Körper ernst zu nehmen und ihn zu trainieren, ihn gesund zu halten. Das mentale Vertrauen in den Körper qua Leib, der einer COVID-Infektion ausgesetzt werden könnte, zu stärken, wurde praktiziert in dieser eigentümlichen Dialektik aus Körperlichkeit und Leiblichkeit, wie wir sie von Plessner gelernt haben.<sup>21</sup> Der Versuch, sich gesund zu erhalten, ging auch auf die Angst zurück, nicht wegen anderer Krankheiten an die Risikoorte ärztliche Praxis und Klinik zu müssen. In dieser Zeit habe ich Gadamers kluges Buch *Die Verborgenheit der Gesundheit* und auch Foucaults Spätwerk *Sexualität und Wahrheit* gelesen,<sup>22</sup> in dem es um *cura sui*, um Sorge um sich selbst geht. Die Diätetik, die bis auf Galen zurückgeht, – Atmen, Schlaf, Nahrung, Kochen, Verdauen, Körperhygiene, Zahnpflege, Bewegung, Sexualität und anderes – wurde wichtiger als Deadlines, Drittmittelbilanzen, Impact-Faktoren, E-Mails usw. Merkwürdig und spürbar wurde, dass das Leben, wenn es im äußerlichen reduzierter wird, an Intensität gewinnen kann. Das Gefühl, morgens gesund aufzuwachen und einen Tag vor sich zu haben, entsprach der Stimmung des christlichen Liedes *All Morgen ist ganz frisch und neu*. COVID ist nicht nur, aber auch eine Lungenkrankheit, so dass Atmen wichtiger wurde – Atemübungen und Yoga sowie der Drang, so oft wie möglich an frischer Luft sein zu wollen. Während der Pandemie bin ich zum noch überzeugteren Küstenbewohner geworden, als ich es zuvor schon war.

Wenn man weiß, dass Geruch und Geschmack die durch COVID gefährdeten Sinne sind, dann kann man sich ihnen intensiver zuwenden: riechen und schmecken. Henry David Thoreau (*Walden*) hat uns das ja vorgemacht, dass man auch diese vermeintlich niederen Sinne ernst nehmen kann.<sup>23</sup> Schmecken und riechen unter der Drohung, diese Sinne zeitweilig einbüßen zu können, lehrten eine Art der intensiven *Aisthesis* (αἴσθησις) ihres Erlebens.

Bewegung im Freien und an der frischen Luft wurde wichtiger. Der im Lockdown erlaubte Bewegungsradius (teilweise nur zwölf oder 15 Kilometer) hat aufmerksam gemacht für das, was es im Nahraum zu entdecken gibt: die unscheinbaren Schönheiten etwa eines Waldrandes, einer Wiese usw. Ich habe wieder mehr Naturlyrik, insbesondere Hölderlin gelesen. Als Lebensort und -beschäftigung wichtiger wurden der Garten und die Praxis des Gärtnerns, die ja im Grunde fast eine synästhetische Aktivität ist. Das Phänomen der Gartengerüche führte mich dazu, im Kontext des Kieler Exzellenzclusters

---

21 Helmut Plessner: *Conditio humana*. Pfullingen 1964.

22 Hans-Georg Gadamer: *Über die Verborgenheit der Gesundheit*. Frankfurt/M. 2010 und Michel Foucault: *Sexualität und Wahrheit*. Erster Band: *Der Wille zum Wissen*. Frankfurt/M. 1977.

23 Henry David Thoreau: *Walden* [Erstausgabe Auckland 1854]. Stuttgart 2017.

ROOTS<sup>24</sup> eine kleine Projektskizze mit dem Titel *Garden Scent* zu schreiben.<sup>25</sup> Ich las außer Hauses (im Freien) ein Buch über Gerüche in der Welt der Antike, insbesondere in Gärten und Hainen.

Outdoor Living, Spaziertreffen mit Freunden gemäß dem alten philosophischen Ideal peripathetischer Gespräche wurden zur Gewohnheit, also Philosophieren *ambulando* – frei nach Nietzsche: Traue keinem Gedanken, der dir im Sitzen gekommen ist.<sup>26</sup> Berufsmäßiges Philosophieren ist außerhalb des Hörsaals eine überwiegend sitzende Tätigkeit, der man im Homeoffice besser entrinnen konnte – und sei es nur für ein Stündchen.

Den Wald hätte ich ungern missen wollen. Es war gut zu wissen, dass Wald in der Nähe ist als Erholungs- und Erfahrungsraum. Aus diesen Eindrücken heraus habe ich dann einen Aufsatz verfasst, der unter dem Titel *Waldreichtum* in der *Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht* publiziert worden ist.<sup>27</sup> Ich werde im dritten Teil des Beitrags noch etwas über Waldpolitik sagen.

Das Fahrrad wurde im Lockdown zur konkreten Utopie der Mobilität im Mesokosmos. Die Einkaufsfahrten zum Wochenmarkt, wo man sich nicht so leicht anstecken konnte, zur Direktvermarktung auf dem Bauernhof, all diese Dinge wurden wichtig. Das Automobil wandelte sich vom Fahr- zum Stehzeug. Ich erinnere mich noch, wie ich über einen herbstlichen Kartoffelacker ging und plötzlich Lust hatte, Nachlese zu halten, eine ganz archaische Praxis, von der mir meine Mutter aus der Nachkriegszeit erzählt hatte. Über einen herbstlichen Acker gehen und Kartoffeln in einen Rucksack stopfen, obwohl man weiß, dass man sie auch für wenig Geld kaufen kann. Die viel kritisierte Landwirtschaft habe ich in diesem Pandemie- und Trockenjahr 2020 wieder mehr wertgeschätzt. Dem Trockenmanagement der Landwirte gebührt großes Lob, die Ernten waren passabel. Die viel kritisierten Supermärkte erwiesen sich als stabile Versorgungszentren. Die Lieferketten waren solide. Landwirtschaftliche Reformprogramme sollten sich an diese Leistungen würdigend erinnern.

Häuslichkeit und die Erfahrung der Entschleunigung waren das Positive am ›Zoom‹-Leben. Man konnte auch mal eine Pause machen. Man war viel weniger unterwegs. Aber bestimmte Dinge wurden wertvoller und haben an Intensität gewonnen. Die Kategorie der Intensität spielt auch im Utilitarismus und in der Mikroökonomie eine große Rolle, wenn etwa von der Intensität von Präferenzen und von der Intensität von Genuss die Rede ist. Ein *content with the given* stellt sich ein, wenn man erkennt, dass auch das reduzierte Leben immer noch ein reiches, gutes und intensives Leben geblieben ist. Das reduzierte Leben schlägt plötzlich in ein bereichertes Leben um. Ich habe in einem Aufsatz mit dem

---

24 Webseite des Exzellenzclusters ROOTS – Social, Environmental, and Cultural Connectivity in Past Society: <https://www.cluster-roots.uni-kiel.de> (letzter Zugriff: 2.3.2022).

25 Konrad Ott: *Philosophy of Gardening: Past, Present, Future. An outlook for safe spaces in the Anthropocene*. Unveröffentlichtes Manuskript, 2020 entstanden.

26 Friedrich Nietzsche: *Werke* in 2 Bänden. München 1967, hier Bd. 2: *Ecce Homo*, S. 417.

27 Konrad Ott: *Waldreichtum*, in: *Zeitschrift für Europäisches Umwelt- und Planungsrecht* 19,1 (2021), S. 73-88.

Titel *Coronadenken*<sup>28</sup> einmal versucht, auf bioethische Weise die Oberziele der Pandemiepolitik zu rechtfertigen. So war es für mich immer das höchste gesundheitspolitische Ziel, der Ärzteschaft die Triage zu ersparen und das Kliniksystem funktionsfähig zu halten. Auf dieses Ziel hin wurden die Maßnahmen ergriffen. Es hat, trotz einiger kritischer Phasen, funktioniert. Das Ziel, die Ansteckungen zu minimieren, hätte noch stärkere Eingriffe in Grundrechte verlangt. Aber ich will heute nicht über bioethische Fragen reden, sondern über etwas Anderes. Obwohl ich als Diskursethiker in der kantisch-deontologischen Tradition stehe, wurde in dieser Zeit die Tugendethik wichtiger. Ich habe zum ersten Mal Marc Aurels *Selbstbetrachtungen* gründlich gelesen – mit Gewinn. Gleichmut wurde angesichts der vielen widersprüchlichen Verordnungen richtig, Standhaftigkeit angesichts der Mühen von drei ›Zoom‹-Semestern, Geduld angesichts der Dauer der Pandemie. Nachsicht war gefordert, statt immer wieder nur Ärger und Wut auf das Fehlverhalten anderer Menschen. Man wurde ja ständig Zeuge, was die anderen alles falsch machten, sei es aus unkundiger Unzufriedenheit mit den Maßnahmen, sei es aus Vergesslichkeit oder Leichtsinn. Wir praktizierten symbolische und materielle Anerkennung gegenüber Verkäufer\*innen, Postbot\*innen und all denjenigen, die uns gut mit Wasser, Strom, Nahrung, Zeitung, Post und anderem versorgten.

Es ist eine Tugend, die Hoffnung nicht aufzugeben. Es gibt in der angelsächsischen Tugendethik die Idee von *radical hope*.<sup>29</sup> Und diese Hoffnung wurde die Hoffnung auf ein gutes Danach, worüber ich im dritten Teil sprechen möchte. Bevor ich das tue, noch eine Zusammenfassung, die versucht, die skizzierten Verbindungen aus Leiblichkeit, Sinnlichkeit, veränderten Wertschätzungen und Tugenden mit einem Zitat einzufangen. In der *Ethik* des Spinoza steht, dass ein freier Mensch über nichts weniger nachdenke als über den Tod, sondern dass sein Nachsinnen dem Leben gelte. Das Denken über den Tod war angesichts der Bilder und Zahlenwerte der Pandemie (mit und/oder an COVID verstorben) unvermeidbar, denn Gedanken kommen auch ungerufen und es fällt schwer, sie sich aus dem Kopf zu schlagen. Der tröstlichste Gedanke war, dass die Kinder nicht besonders gefährdet waren. Denn allein die Vorstellung, es hätte auch ein Virus auftreten können, das Junge stärker an Leib und Leben bedroht als Alte, legte den Gedanken nahe, dass es (viel) schlimmer hätte kommen können.

Ich würde aus dem Gesagten heraus die Haltung der Biophilie (der liebenden Hinwendung zum Lebendigen), die von Spinoza, Erich Fromm und Edward O. Wilson untersucht wurde,<sup>30</sup> als Grundhaltung und als politische Chiffre für ein gutes Danach wählen.

---

28 Der Aufsatz erschien in drei Teilen online auf der Website der Heinrich Böll Stiftung: 1. Teil: Gesellschaft und Recht (6.4.2020), <https://www.boell.de/de/2020/04/06/coronadenken-teil-13>; 2. Teil: Moral (6.4.2020), <https://www.boell.de/de/2020/04/06/coronadenken-teil-23-moral>; 3. Teil: Ökonomie und Politik (8.4.2020), <https://www.boell.de/de/2020/04/08/coronadenken-33-oekonomie-und-politik> (letzter Zugriff: 2.3.2022).

29 Jonathan Lear: *Radical Hope*. Harvard 2008.

30 Erich Fromm: *Anatomie der menschlichen Destruktivität*. Stuttgart 1974, S. 331, und Edward O. Wilson: *Biophilia*. Cambridge 1984.

## Danach

Ich werde versuchen, politisch, aber nicht parteipolitisch zu sprechen. Drei Politikfelder möchte ich ansprechen, die ersten beiden Felder nur kurz, das dritte entsprechend länger: Finanzpolitik, Gesundheitspolitik, Umweltpolitik.

### Finanzpolitik

Wir müssen über Lastenausgleich reden, denn wir saßen nicht alle im gleichen Boot. Die Bilanzen sind unterschiedlich. Manche haben verloren, manche haben gewonnen. Ob Sie gewonnen oder verloren haben, das können Sie selber überprüfen. Sind Ihre Sparguthaben, ist Ihr Geldvermögen oder Ihr sachliches Vermögen, etwa durch Preissteigerungen bei Immobilien, in den letzten 18 Monaten gewachsen oder gesunken? Wenn es gewachsen ist, dann haben Sie gewissermaßen unbeabsichtigt einen Pandemie-Gewinn eingestrichen. Es gab auch Kritik an den ›Homeoffice‹-Eliten mit gesichertem Einkommen, deren Sparquoten im Lockdown nach oben schnellten.

Angesichts unterschiedlicher Bilanzen sollten wir überlegen, ob und wie wir einen Lastenausgleich in die Wege leiten können. Ich glaube nicht, dass wir in der Lage sind, aus den Staatsschulden einfach herauszuwachsen, dass einfach die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes nach der Pandemie so hoch sein werden, dass wir schon alles bezahlen werden können, was wir im Gefolge des ›Super-Keynesianismus‹ 2020/2021 an Schulden aufgenommen haben. Wir sollten also über einen gerechten Lastenausgleich reden. Das könnte ein ›Corona-Soli‹ sein, es könnte auch eine einmalige Vermögensabgabe sein. Die verfassungsrechtliche Grundlage wäre der Artikel 106 des Grundgesetzes. Es könnte auch eine ›Tobin-Steuer‹ auf Finanztransaktionen sein, für die ich schon seit Jahren eintrete, gerade beim Hochfrequenzhandel. Wir könnten versuchen, Steuerflucht zu unterbinden, müssten das aber gemeinsam in der EU tun, weil wir auch gemeinsam in der EU ein Interesse daran haben müssten, den Wiederaufbaufonds zu finanzieren. Ich glaube nicht, dass wir es nur durch Geldschöpfung der europäischen Zentralbank hinbekämen, möchte aber mangels ökonomischer Kompetenz nicht zur Geldpolitik Stellung nehmen.

Wir müssten in jedem Fall den Generationenvertrag erneuern. Ich bin dafür, Belastungen von der jungen Generation zu nehmen. Die Jungen haben viel für die Alten auf sich genommen. Sie haben 18 Monate als Student\*innen in ihren Buden gesessen und so die Semester verlebt. Sie haben auf vieles verzichten müssen, was ein junges Leben an Schönem mit sich bringt. Sie waren solidarisch mit der Generation der Eltern und Großeltern. Von daher sollten wir Älteren die Jungen nicht noch mit immer mehr Schulden belasten, die sie dann zusätzlich zu den Renten abtragen müssten. Die nächsten Generationen werden zudem schon die Kosten a) für eine Endlagerstätte der hochradioaktiven Abfälle stemmen müssen, da die Rückstellungen hierfür nicht ausreichen werden, b) für die Anpassung an den Klimawandel, c) für die Abfederung des Kohleausstiegs, d) für die Geldbedarfe der EU und für vieles mehr. Es muss also eine Entlastung für die jüngeren Generationen geben. Mit der Schuldentilgung sollten wir uns zudem nicht zu viel Zeit

lassen. Wenn wir die Horizonte sehen bis 2045 oder 2050, setzen wir immer stillschweigend voraus, dass bis dahin nichts Schlimmes mehr passieren wird und wir langfristig Schulden tilgen können. Es könnte aber auch sein, dass bis 2045 noch einiges passiert, was neue Kosten verursacht. Dann wäre es extrem wichtig, in die nächste Krise nicht mit einem großen Schuldenberg hineinzugehen.

Der wohlverstandene Keynesianismus lehrt: Die rechte Zeit für Austerität ist der ökonomische Boom. Falls wir jetzt tatsächlich ein paar Wachstumsjahre sehen sollten, ist das mithin genau die richtige Zeit, die Schulden möglichst rasch zu tilgen, um für eine nächste Krise wieder gerüstet, das heißt kreditwürdig zu sein. Die Lehre von John M. Keynes ist immer die: Der Staat verhält sich antizyklisch zum Konjunkturzyklus. »Out of COVID« heißt hier für mich haushälterische Vernunft und Schuldenbremsen. Schulden sind ein süßes Gift mit hohem Suchtpotenzial. Oberstes Ziel muss es aber sein, dauerhaft kreditwürdig (zu vertretbaren Zinsen) zu bleiben.

Wir können und sollten auch über ein flexibles Renteneintrittsalter diskutieren. So sollte man als älterer Mensch überlegen dürfen, ob man bereit ist, auf einen Teil der Rente oder der Pension zu verzichten für eine frühere Verrentung. Da muss jede\*r überlegen, ob sie\*er sich Lebenszeit kaufen möchte angesichts des biblischen Wissens, dass die guten Jahre irgendwann von Lebensjahren abgelöst werden, über die man sagt: »Ich mag sie nicht« (Bibel, Kohelet 12,1). Da diese Jahre nach der Pensionierung herannahen, kann es lebenspraktisch ratsam sein, sich »gute Zeit« zu kaufen. Ich fand während der Pandemie Gefallen an dem Gedanken, mir »gute Zeit« zu kaufen, gerade weil ich in der Pandemie gelernt habe, mit wie wenig man gut über die Runden kommt.

## **Gesundheitspolitik**

Ich hatte im zweiten Teil gesagt, Gesundheit sei ein wichtiges Thema während der Pandemie gewesen. Ich glaube seit Jahren, dass die heutige Medizin viel zu sehr über Krankheiten nachdenkt und viel zu wenig über dieses eigentümliche Phänomen der Gesundheit. Was hält uns gesund, was macht und hält uns immer wieder gesund so viele Jahrzehnte lang? Gesundheit sollte nach der Pandemie das Thema der Medizin werden. Wir sollten im Danach auch die anderen Sterbe- und Gesundheitsrisiken biopolitisch denken. Die noch nicht lange zurückliegende Erfahrung war die eines Motorradfahrers, bei dessen Fahrweise ich dachte, dass manche Leute zu glauben scheinen, es gäbe keine anderen Sterberisiken mehr als COVID. An diesem Punkt sollten wir eine andere Einstellung einnehmen. Wir sollten überlegen, ob wir das Risiko, im Verkehr zu sterben, durch Tempolimits einschränken sollten. Auch Verkehrsoffer landen auf Intensivstationen. Wir sollten beispielsweise die Richtgeschwindigkeit auf Autobahnen (endlich) in ein Tempolimit umwandeln. Wir könnten auch in den Ortschaften einiges tun. Die Schweden hatten eine interessante Vision: Vision Zero. Im Ideal sollte niemand mehr im Straßenverkehr ums Leben kommen. Solch ein Ideal kann man nur approximativ erreichen und die Schweden mussten auch einsehen, dass sie bestimmte Unfallarten wie vor allem die Elchunfälle nicht verhindern konnten, ohne alle Elche abzuschießen. Das wollten sie dann aber auch

nicht. Dennoch ist die ›Vision Zero‹ ein Ideal, dem man in Deutschland noch näherkommen könnte und sollte.

Und weil wir wissen, welche Konsumartikel Sucht- und Krankheitspotenziale haben, können wir überlegen, wie wir alltägliche Genussgifte und risikoträchtige Inhaltsstoffe regulieren wollen. Das betrifft Zucker, Salz, Spirituosen, Tabak und vielleicht auch Fleisch. Der Alkoholkonsum ist während der Pandemie deutlich gestiegen – und zwar in allen europäischen Ländern. Hier wäre nach der Pandemie zu überlegen, ob wir uns stärker an dem schwedischen Modell orientieren könnten, also Sonderläden zumindest für Spirituosen einzuführen. In der Pandemie war es ja, um mit Wilhelm Busch (*Die fromme Helene*, 1872) zu sprechen, häufig so: »Wer Sorgen hat, hat auch Likör.« Und der Zugang zu Likör ist bei uns in Deutschland vielleicht zu leicht. Auch die Entstehungsgründe für Diabetes und Adipositas sowie Stress und Lärm könnten wir versuchen zu verringern. ›Out of COVID‹ hieße hier: Public-Health-Policies und Konzepte der individualisierten Medizin. Der 2015 erschienene Sammelband *Individualized Medicine* bietet da meines Erachtens viele Anregungen.<sup>31</sup>

## Umweltpolitik

Ich komme zum Hauptthema des dritten Teils: Dass Klimapolitik wichtig ist, bestreitet kaum jemand mehr. Der Kohleausstieg bis 2038 ist beschlossen. Das ist eine Herkulesaufgabe, die der Staat mit 40 Milliarden Euro für die betroffenen Regionen, vor allem die Lausitz, finanzieren wird. Ich bin für den Abbau aller klimaschädlichen Subventionen. Klimaschädliche Praktiken wie das Fliegen sollten nicht noch vom Staat finanziell gefördert werden. Das tut Deutschland aber z. B. bei den defizitären Regionalflughäfen. Damit sollte Schluss sein. Weiterhin müsste unbedingt die Privilegierung des Kerosins gegenüber den anderen fossilen Brennstoffen beendet werden. Eine adäquate Kerosinbesteuerung müsste zumindest im europäischen Maßstab endlich durchgesetzt werden. Auch die Pendlerpauschale gehört in den Kontext ›Subventionierung‹.

Bei der Raumwärme haben wir noch einiges vor. Nicht die Neubauten, sondern viele Altbauten sind hierbei das eigentliche Problem; der Altbaubestand, der über 100, 150 Jahre gewachsen ist. Hier stellen sich folgende Fragen: Wie können wir es schaffen, dass Leute, die die Mietshäuser besitzen, tatsächlich in Energieeffizienz investieren? Heißt das nicht auch, dass sie ein Recht haben müssten, diese Investition zumindest teilweise auf die Mieten umzulegen? Da kommt freilich sofort die Debatte über Wohnungsnot und bezahlbare Mieten in den Blick. Dieser Debatte müssen wir uns stellen.

Bei der Ernährung scheinen tatsächlich die CO<sub>2</sub>-intensiven Nahrungsmittel, gerade was Fleisch anbetrifft, in die Defensive zu geraten. Der Vegetarismus ist während der Pandemie angestiegen. Und ich bin ziemlich zuversichtlich, auch wenn ich mir den Wandel in

---

31 Tobias Fischer, Martin Langanke, Paul Marschall, Susanne Michl (Hrsg.): *Individualized Medicine. Ethical, Economic and Historical Perspectives*. Cham 2015. Vgl. dort vor allem der Beitrag von Konrad Ott und Tobias Fischer zur kritischen Philosophie einer individualisierten, präventiv und prädiagnostisch orientierten Medizin in Kap. 8 des Bandes.

den Supermärkten ansehe, dass die hohe Zeit des Fleischkonsums hinter uns liegt. Ernährungsstile sind Generationen- und Geschlechterfragen zugleich.

Außer Emissionen zu reduzieren, sollten wir auch naturnahe Kohlenstoff-Senken anlegen, Wälder aufforsten, Moore vernässen, den Kohlenstoffgehalt der Böden anreichern und Salzgraswiesen renaturieren. Das sind die sogenannten ›Nature-based Solutions‹, die Win-win-Situationen mit dem Artenschutz, mit dem Biodiversitätsschutz und mit dem Landschaftsschutz erbringen. Diesen Weg sollten wir erforschen und fördern. Unlängst (2021) wurde ein Antrag bewilligt, in dessen Durchführung ein Konsortium aus Kieler und Greifswalder Wissenschaftler\*innen versuchen wird, eine Potenzialabschätzung zu machen, was ›Nature-based Solutions‹ für die Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern an Senken-Leistungen erbringen könnten.<sup>32</sup> Weil ich Klimapolitik ernst nehme, nenne ich drei Caveats:

Erstens: Klima-Apokalyptik hilft uns nicht weiter. Ob der Kohleausstieg in Deutschland 2033, 2034, 2036 oder 2038 erfolgt, ist für das Weltklima fast belanglos. Denn entscheidend sind die globalen Emissionen, da ist es völlig unerheblich für das Klima, an welchem Ort der Erde eine Tonne oder eine Gigatonne CO<sub>2</sub> emittiert wird. Deswegen sollten wir zweitens auch keine klimapolitischen Allmachtphantasien hegen, als könnte Deutschland, wo ca. ein Prozent der Weltbevölkerung (83 Millionen) leider immer noch etwa zwei Prozent der globalen Emissionen verursacht, das Klimaproblem gleichsam im Alleingang lösen. Auch die Europäische Union ist nur für ungefähr zehn Prozent der globalen Emissionen verantwortlich. Die größten Emittenten weltweit sind China und die USA, aber auch die GUS, Australien, Japan und alle Schwellenländer haben zu dem dramatischen Anstieg der globalen Emissionen seit 1990 beigetragen. Verrückterweise haben wir in der Zeit nach 1990, seitdem wir über den Klimawandel immer besser Bescheid wissen, immer mehr emittiert. Fast 50 Prozent aller historischen Emissionen geschahen nach 1990, also nach dem ersten IPCC-Report.<sup>33</sup> Das dritte Caveat betrifft die Compliance einer abgestimmten Politik. Die neue US-Administration unter Joe Biden gibt da Hoffnung, das Paris-Abkommen gibt Hoffnung. Bei China muss man genau hinschauen, was das Versprechen einer ›Klimaneutralität‹ bis 2060 wert ist – ›Out of COVID‹ hieße Klimaneutralität als Idealziel. Ich würde gerne noch erleben, dass 2050 (oder einige Jahre früher) die EU klimaneutral wäre.

Es gibt, wie fast immer, eine radikale Alternative. Das ist der sogenannte ›Ein-Grad-Kriegsplan‹, der von zwei amerikanischen Autoren vor zehn Jahren ausgedacht wurde mit dem Ziel, den Anstieg der globalen Mitteltemperatur auf ein (sic!) Grad gegenüber den vorindustriellen Temperaturen zu begrenzen. Das ist im Grunde die Forderung nach dem sofortigen Einstellen aller Emissionen. Die sich daraus ergebenden Forderungen finden sich fast wörtlich in dem letzten Kapitel des Buches *Klimaneutralität jetzt!* von

---

32 Das Projekt startet im April 2022: [https://www.dbu.de/projekt\\_35795/01\\_db\\_2409.html](https://www.dbu.de/projekt_35795/01_db_2409.html) (letzter Zugriff: 25.3.2022).

33 Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): FAR Climate Change: Synthesis. März 1990. <https://www.ipcc.ch/report/ar1/syr/> (letzter Zugriff: 2.3.2022).

Helge Peukert.<sup>34</sup> Praktisch bedeutete dies die Umstellung auf eine Art Klima-Kriegswirtschaft in Analogie zur Umstellung auf die Kriegswirtschaft in den Vereinigten Staaten nach dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg 1941 – nur jetzt eben mit dem Ziel, Emissionen zu reduzieren. Das Einrichten klimapolitischer Kommandozentralen, deutliche planwirtschaftliche Elemente wie Rationierung, Quotenzuteilungen, Preiskontrolle, Kaufkraftentzug durch massive Besteuerung, Schließung ganzer Industriezweige werden hierbei ins Auge gefasst. Alle Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, einen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst zu bekommen. Finanziert werden soll diese Zuteilungs- und Versorgungswirtschaft durch ein sogenanntes ›Schenkgeld‹, das die Zentralbank *ex nihilo* schöpfen soll. Diese Zentralbank bekommt in dieser Idee eine ungeheure Machtfülle der Kreditlenkung und kann sogar Verstaatlichungen in die Wege leiten. Gleichzeitig sollen hohe Transferzahlungen in den globalen Süden vorgenommen werden, vor allem auch, um Migrationsströme zu verhindern. Peukert schreibt: »Die politischen Reaktionen auf Corona zeigen, dass auch westliche Demokratien beim nötigen Willen in der Lage sind, sich einer Metagefährdung zu stellen. Und dann Politiken in den Weg zu leiten, um die Zahl der Opfer zu reduzieren.«<sup>35</sup> Da fällt mir dann nur noch Carl Schmitt ein, der einst sagte: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.«<sup>36</sup> Denn diese ›Kriegswirtschaft‹ wäre gewissermaßen ein dauerhafter Ausnahmezustand.

Eng verbunden mit der Klimapolitik ist Mobilität. Hier habe ich schon etwas über das Fahrrad gesagt, was ich nicht zu wiederholen brauche. Der ›Modal Split‹ sollte sich ändern. Die Städte sollten dem Fahrradverkehr Priorität einräumen; das Leitbild der autogerechten Stadt ist anachronistisch geworden. Die Digitalisierung bietet große Möglichkeiten, Verkehr zu reduzieren. Es gibt allerdings pandemiebedingt momentan den Trend zurück ins sicherere Auto. Die Angst vor dem Infektionsrisiko im öffentlichen Nahverkehr sollten wir rasch überwinden. Wir werden auch einsehen müssen, dass der Umstieg auf Elektromobilität nicht bedeuten kann, dass wir 46 Millionen Verbrennungsmotoren durch 46 Millionen Elektromotoren ersetzen können. So viel erneuerbaren Strom haben wir absehbar nicht. Wir werden damit leben müssen, dass wir vielleicht nur die Hälfte von elektrogetriebenen Fahrzeugen haben werden. Wir bräuchten also eine andere Mobilitätskultur. Wir bräuchten dringend eine Bahnreform, weg von den Prestigeprojekten. An einem Vormittag von Berlin nach München, dann dort ein paar nette Stunden verbringen und abends von München wieder zurück nach Berlin: Das ist zwar mittlerweile möglich. Wo wir hingegen ein großes Defizit haben, ist die Fläche. Dort bräuchten wir eine Bahnreform zugunsten einer Flächenbahn nach Schweizer Vorbild. Auch unsere Reisekultur könnte und sollte sich verändern. Hoffentlich sehen wir den Abschied von bestimmten Touristikmodellen wie ›All-inclusive‹, Kreuzfahrten und ähn-

---

34 Peukert, Klimaneutralität jetzt! (wie Anm. 4).

35 Peukert, Klimaneutralität jetzt! (wie Anm. 4), S. 469.

36 Carl Schmitt: Politische Theologie. Berlin<sup>7</sup>1996, S. 13.

lichem; vielleicht prägt sich ein anderes Urlaubsverhalten aus, vielleicht wird es mehr Binnenlandtourismus geben. Hier wünschte ich mir auch philosophische Ideen zur Frage, was eine wirklich gute und schöne Reise ausmacht.

›Out of COVID‹ heißt hier mehr Mobilität für alle mit weniger Verkehr. Das war schon die Botschaft des Gutachtens *Umwelt und Straßenverkehr* (2005) des Sachverständigenrates für Umweltfragen.<sup>37</sup> Wer sich diesem Thema vertieft zuwenden möchte, dem empfehle ich Andrej Cacilos jüngst erschienene Greifswalder Dissertation *Wege zu einer nachhaltigen Mobilität*.<sup>38</sup>

Die Wertschätzung des Waldes hatte ich schon erwähnt. Waldpolitik ist ein unterschätztes Politikfeld. Unsere Wälder sind nicht einfach so da. Wir müssen uns in nächster Zeit intensiv über die Zukunft der Wälder in Deutschland, in Europa Gedanken machen – von den weltweiten Problemen der Waldvernichtung nicht zu reden. Der Grundwiderspruch der Waldpolitik ist folgender: Es gibt mehrere Waldfunktionen – die Habitatfunktion, die Regulationsfunktion, die Erholungsfunktionen –, aber nur eine einzige Funktion, nämlich die Holzfunktion, konkret die Erlöse aus dem Holzverkauf, muss praktisch alle Kosten des Waldbaus decken. Die Holzproduktion kann allerdings angesichts stark steigender Weltmarktpreise so lukrativ werden, dass die anderen Waldfunktionen darunter leiden. Deswegen sehen wir momentan starke Einschnitte. Und wir sehen darüber hinaus durch Trockenjahre geschädigte Wälder. Man könnte durchaus darüber reden, ob wir nicht bestimmte Vorräte, etwa die Fichtenforste im Flachland, abbauen und sie durch wirkliche neue Wälder und nicht durch die immer gleichen Forstarten ersetzen. Der Unterschied zwischen Wald und Forst ist graduell. Aber wir könnten überlegen, ob unsere Forste wieder stärker zu Wäldern werden sollen. Wir könnten eine verstärkte Resilienz der Wälder erreichen und die Risiken von Stürmen, Waldbränden und Schadkalamitäten reduzieren, die durch den Klimawandel höher zu werden drohen.

Wenn Wald für die Menschen wichtig ist, auch als Erholungsort, sollten wir versuchen, in waldarmen Regionen die Waldfläche zu erhöhen – etwa rund um Hannover, rund um Leipzig, aber auch durchaus in Schleswig-Holstein. Wir sollten dabei den Pool der einheimischen Baumarten ausnutzen. Die Erle, vielleicht auch die Kastanie, die Arten der Ulme sind solche einheimischen Baumarten, mit denen wir einen größeren Baumartenmix in unseren Wäldern bekommen könnten. Wir müssten auch über Baumarten reden, die heute in mediterranen Gebieten und auf dem Balkan heimisch sind und die wir im Klimawandel anpflanzen könnten. Die kommunalen Forste sollten eine Vorbildfunktion einnehmen. Mein Best-Practice-Modell ist hier der Lübecker Stadtwald, wo Lutz Fährer lange Jahre als Leitender Forstdirektor gewirkt hat. Das Lübecker Modell sollten

---

37 Sachverständigenrat für Umweltfragen: *Umwelt und Straßenverkehr*. Sondergutachten 2005. Online unter: [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02\\_Sondergutachten/2004\\_2008/2005\\_SG\\_Umwelt\\_und\\_Straassenverkehr.html?sessionid=FD411CB03E7F2C4C789D15708B3E240D.intranet231?nn=400374](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2004_2008/2005_SG_Umwelt_und_Straassenverkehr.html?sessionid=FD411CB03E7F2C4C789D15708B3E240D.intranet231?nn=400374) (letzter Zugriff: 3.3.2022).

38 Andrej Cacilo: *Wege zu einer nachhaltigen Mobilität*. Im Spannungsfeld kultureller Werte, ökonomischer Funktionalistik und diskursrationaler Wirtschafts- und Umweltethik (Beiträge zur Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit 12). Marburg 2021.

wir uns zum Vorbild im Waldbau nehmen. Wir könnten auch die kleinen privaten Waldparzellen, die forstlich kaum genutzt werden, mit Hilfe des Staates zur Übertragung anbieten. Die Privateigentümer könnten durch staatliche Anreize (Steuererleichterungen) motiviert werden, Waldstreubesitz an Naturschutzverbände zu übertragen, um damit eine Fülle von Naturwaldinseln zu schaffen. Und wir müssten die Wildbestände reduzieren. Jagd ist notwendig. Wir bräuchten eine neue Generation jüngerer Jäger\*innen. Der Wolf allein kann die Wildregulierung nicht übernehmen; so viele Wölfe wären in der breiten Bevölkerung kaum erwünscht.

›Out of COVID‹ heißt hier, den Waldreichtum der Zukunft und nicht die Forste der Vergangenheit zu pflanzen. Gründlicher behandelt wird diese Thematik in meinem schon erwähnten Aufsatz *Waldreichtum*.

Ein einziges Ministerium in Deutschland ist für 85 Prozent der Landfläche zuständig, nämlich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Ich beginne mit einem großen Lob der Landwirt\*innen: Weniger als zwei Prozent der deutschen Bevölkerung ernähren mehr als 100 Prozent zu historisch niedrigen Preisen. Nur zwölf Prozent des Durchschnittsnettoeinkommens geben wir für Nahrung aus. Man hätte sich in früheren Zeiten nicht vorstellen können, dass es eine Gesellschaft gibt, in der es mehr Student\*innen als Landwirt\*innen gibt. Ein großes Lob haben sich auch die Supermarktketten während der Coronavirus-Pandemie verdient. Ich erwähnte es bereits: Die Lieferketten haben gehalten. Unsere Ernährungssituation war nie gefährdet, ›Hamstereien‹ erwiesen sich als nutzlos. Wie gut die Ernährungssituation war, bezeugen diverse ›Corona-Bäuche‹.

In der Agrarpolitik ist jedoch ein Grundwiderspruch zu registrieren. Auf der einen Seite sind Landwirt\*innen selbstständige Unternehmer und die letzten Polytechniker. Auf der anderen Seite sind sie Subventionsempfänger durch die GAP, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. Und das ›beißt‹ sich. Die Lösung, die seit 25 Jahren vorgeschlagen wird, lautet: *Public money for public goods*.<sup>39</sup> Letztlich sollten nur noch ökologische Dienstleistungen honoriert werden. Das bedeutet Umschichtung und allmähliche Auflösung des sogenannten ›Zwei-Säulen-Modells‹.<sup>40</sup> Musterbeispiel wäre hier der ökologische Landbau inklusive Naturschutzintegration. Ökologischer Landbau ist nicht *per se* Naturschutz, aber er kann Naturschutz besser integrieren. Allerdings würde diese Lösung der Honorierung ökologischer Dienstleistungen bedeuten, dass die Landwirt\*innen faire Erzeugerpreise verlangen dürften, die sich in höheren Verbraucherpreisen niederschlagen. Man würde bei dieser Strategie schönere Agrarlandschaften und gute Nahrungsmittel bekommen, aber man würde nicht nur zwölf Prozent des Durchschnittseinkommens dafür aufwenden müssen. Deshalb müsste man überlegen, ob die kleineren Budgets nicht entlastet werden sollten. Ansonsten müsste man entscheiden, ihnen 20 bis 25 Prozent zuzumuten.

---

39 So schon der Sachverständigenrat für Umweltfragen: Umweltgutachten 2002. Für eine neue Vorreiterrolle. Stuttgart 2002. Online unter: [https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01\\_Umweltgutachten/2000\\_2004/2002\\_Umweltgutachten\\_Bundestagsdrucksache.html](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2000_2004/2002_Umweltgutachten_Bundestagsdrucksache.html) (letzter Zugriff: 25.3.2022).

40 Konrad Ott: Nachhaltigkeitspolitik in und nach der Pandemie, in: Zeitschrift für Umweltrecht 9 (2020), S. 451-456.

Man sollte in jedem Fall versuchen, die nationalen Spielräume der Agrarpolitik stärker zu nutzen. Wir könnten auch versuchen, Flächen zu gewinnen, etwa für die ›Natural climate solutions‹<sup>41</sup> oder für die Biomasseproduktion, indem wir die Fläche, die wir für die Futtermittelproduktion belegen, drastisch reduzieren. Wenn wir weniger Fleisch äßen, bräuchten wir weniger Futtermittel und hierfür weniger Fläche. Dann könnten wir uns mehr organischen Landbau leisten. Das größte Flächenpotenzial bieten die Anbauflächen für Futtermittel der industriellen Fleischmast. Der Vorschlag erscheint daher sinnvoll, für Fleischprodukte den vollen Mehrwertsteuersatz einzuführen.

Es gab während der Pandemie in der ökologischen Landwirtschaft bereits beobachtbare Erfolgsmodelle – z. B. das Ökodorf Brodowin,<sup>42</sup> das Berlin beliefert und in der Pandemie stark expandierte. Davon könnten wir lernen. ›Out of COVID‹ heißt hier, Koalitionen von Naturschutz und Landwirtschaft unter anderen agrarpolitischen Randbedingungen befördern.

Ein altes Wohlstandsmodell hat in der Pandemie gewonnen: der ›Klassiker‹ Eigenheim. Haus und Garten werden sicher auch in der Post-COVID-Zeit begehrt sein. Die Immobilienpreise sprechen hier Bände. Vielleicht werden durch die Digitalisierung in den großen Städten Büroflächen frei. Dann könnten wir eine Art Umwandlungspolitik versuchen: Wohnungen statt Büroflächen. Wir können das Wohnproblem aber nicht grundsätzlich lösen, jedenfalls nicht auf eine nachhaltige Weise, indem wir einfach nur der Parole ›bauen, bauen, bauen‹ folgen. Denn wir haben auch Reduktionsziele bei der Flächenumwandlung.<sup>43</sup> Das diesbezügliche 30-Hektar-Ziel pro Tag würde ich nach wie vor als Zwischenziel festhalten. Weniger umzuwandeln bedeutet, sich immer mehr im Bestand zu bewegen.

Wenn es stimmt, dass Gärten wichtig und wichtige Lebensorte sind, dann möchte ich hier ein Argument anführen, das Frederick Olmsted<sup>44</sup> in den USA vor mehr als 130 Jahren formulierte: Wenn sich nicht jede\*r ein eigenes Haus mit Garten leisten kann, werden die öffentlichen Park- und Grünanlagen umso wichtiger. Deswegen bräuchten wir eine kommunale Politik für Grünanlagen, Parks, Kleingärten: Urban Gardening, Naherholung, Freiflächen, Grünzonen in der Stadt und vieles mehr. Im internationalen Vergleich sind Deutschlands Städte übrigens bereits jetzt recht grün.

Durch die Digitalisierung könnte das Landleben attraktiver werden. Auch Kleinstädte könnten attraktiver gegenüber Metropolen werden. Deutschland war immer ein Land der Klein- und Mittelstädte. Berlin ist nicht das Maß aller Dinge. Gleichwertige Lebensverhältnisse müssen nicht gleichartig sein. Ländliche Lebensverhältnisse können auch dann

---

41 Darunter versteht man Strategien, CO<sup>2</sup>-Senken mit Naturschutzzielen zu verbinden, etwa durch Vernässung von degradierten Mooren, Aufforstung, C-Management von Böden, Renaturierung von Salzgraswiesen etc.

42 Webseite des Ökodorfs Brodowin: <https://www.brodowin.de/> (letzter Zugriff: 3.3.2022).

43 Die 2004 erstmals veröffentlichte Nationale Nachhaltigkeitsstrategie forderte die Reduktion auf 30 ha Flächenumwandlung pro Tag bis 2020. Das Ziel wurde deutlich verfehlt. Siehe Webseite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz: <https://www.bmu.de/download/fortschrittsberichte-zur-nationalen-nachhaltigkeitsstrategie> (letzter Zugriff: 25.3.2022). 2018 wurde das Ziel auf 2030 verschoben.

44 Frederick Law Olmsted: Public Parks and the Enlargement of Towns [Erstausgabe Cambridge/Massachusetts 1870]. London 2020.

gut sein, wenn sie anders sind als metropolitane Lebensstile. ›Out of COVID‹ könnte und sollte demzufolge heißen: Vitalisierung ländlicher und kleinstädtischer Räume.

## Fazit

In der EU ist momentan viel Bewegung. ›Bringing back nature into our lives‹ lautet das Motto des ›Green New Deal‹.<sup>45</sup> Das war und ist eine Leitidee der Umweltethik seit ihren Anfängen in den 1970er Jahren. Deutschland sollte auch und gerade nach den Erfahrungen, die viele Menschen während der Pandemie machten, eine Vorreiterrolle in der Post-COVID-Zeit übernehmen. Wir haben den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Tiere als Staatsziel und Verfassungsauftrag im Artikel 20a des Grundgesetzes verankert.<sup>46</sup> Wir haben auch genügend Finanzmittel, denn wir bekommen 28,6 Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbauprogramm. Diese Mittel könnten wir als Investitionsvolumen für Nachhaltigkeitspolitik nutzen. Ob 30, 50 oder 70 Prozent dieser Summe hierfür eingesetzt werden, wäre politisch verhandelbar. Aber die Finanzmittel sollten dann auch wirklich in Wald-, in Agrar-, in Tierwohl-, in Meeres-, in Klimaschutz und benachbarte Politikfelder fließen. Die politischen Strategien sind ebenfalls vorhanden. Es gibt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie,<sup>47</sup> es gibt die nationale Biodiversitätsstrategie,<sup>48</sup> die leider etwas eingeschlafen sind. Ferner gibt es die Anpassungsstrategie, die vom Umweltbundesamt koordiniert wird.<sup>49</sup> Diese Strategien könnten aktiviert und integriert werden. Es gab in der Nachhaltigkeitsstrategie die gute Idee eines ›Green Cabinet‹ auf Staatssekretärebene, dessen Aufgabe es wäre, die Nachhaltigkeitspolitik politisch zu koordinieren, wobei Ressortabstimmung hier bedeuten sollte, dass die verschiedenen Ministerien am gleichen Strang einer Nachhaltigkeitspolitik ziehen. Die Gutachten des Sachverständigenrats für Umwelt-

---

45 Europäische Kommission: EU Biodiversity Strategy for 2030, online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52020DC0380> (letzter Zugriff: 3.3.2022).

46 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 20a, online unter: [https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_20a.html](https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_20a.html) (letzter Zugriff: 3.3.2022).

47 Kurze Übersicht in Konrad Ott: Thesen und Forderungen zur Nachhaltigkeitspolitik, in: Natur und Landschaft 95,9/10 (2020), S. 463-465.

48 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Berlin 2007.

49 Die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) wurde von der Bundesregierung 2008 verabschiedet. Der zweite Fortschrittsbericht wurde 2020 von der Bundesregierung vorgelegt. Online unter: <https://www.bmuv.de/download/zweiter-fortschrittsbericht-zur-deutschen-anpassungsstrategie-an-den-klimawandel> (letzter Zugriff: 21.3.2022).

fragen,<sup>50</sup> des Rats für Nachhaltige Entwicklung<sup>51</sup> und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen<sup>52</sup> sind Fundgruben für programmatische Ideen. Dies gilt auch für die älteren Gutachten, die in der schnelllebigen digitalen Welt nicht in Vergessenheit geraten sollten. ›Out of COVID‹ würde den Kontingenzeinbruch COVID als einen wirklichen Kairos, als ein ›window of opportunity‹ nutzen für Reformschübe der nächsten Jahre. Ich ende mit einem Satz von Ulrich von Hutten, der vor einem halben Jahrtausend sagte, es sei eine Lust zu leben. ›Out of COVID‹ würde für mich bedeuten, eine Lust daran zu haben, solche Reformen noch ein paar Jahre aktiv miterleben zu dürfen.

## Diskussion

**Frage: Haben wir jetzt wirklich einen solchen Kairos, eine günstige Gelegenheit, ein ›window of opportunity‹? Gerade letztes Wochenende standen in der Schweiz eine Reihe von Volksentscheiden zur Wahl, u. a. auch eine Reihe sinnvoller Vorschläge zum Klimaschutz – und dies in einem Land, das die Gletscherschmelze der letzten Jahre direkt vor Augen hat: Es wurde alles abgelehnt. Wie lässt sich dieses deutliche Votum gerade jetzt erklären, wo die Pandemie noch nicht vorbei ist? Reicht ein Reformkurs, wie er hier vorgeschlagen wurde?**

**Antwort:** Ich habe keine Kristallkugel, die mir die Zukunft zeigt, und will auch keine Prognosen abgeben. Wir leben momentan in einer fast einzigartigen Situation. Ich war immer ein Gegner der Vorstellung, dass Staatsbürger\*innen alle vier Jahre ein Kreuzchen auf einem Stimmzettel machen und das war es dann mit politischer Aktivität. Das ist nicht mein Verständnis von Staatsbürgerschaft. In der Schweiz gibt es die Tradition der Volksabstimmungen. In Deutschland sieht es anders aus. ›Out of COVID‹ fällt in ein Wahljahr am Ende einer langjährigen Kanzlerschaft. In diesem Wahljahr könnten wir uns als eine Wählerschaft konstituieren, die sich nicht polemisch bekämpft und einen Wahl-→Kampf führt, sondern es gibt die einzigartige Gelegenheit für wirkliche politische Debatten. Ich weiß, dass es das Politikangebot ›zurück zur alten Normalität‹ geben wird. Auf einem Parteitag war ein Banner zu sehen mit der Aufschrift ›Deutschland, aber normal‹. Das ist genau die passende Chiffre für dieses Politikangebot. Dann sehe ich, gerade auch in der Studierendenschaft sehr viele, die gegenteilige, nämlich fast revolutionäre Wege gehen wollen. Diese beiden Flügel der Gesellschaft stehen sich gegenüber. Hier muss man aufpassen, dass aus politischer Gegnerschaft nicht politische Feindschaften werden. Joe

---

50 Webseite des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU): [https://www.umweltrat.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.umweltrat.de/DE/Home/home_node.html) (letzter Zugriff: 21.3.2022).

51 Webseite des Rates für nachhaltige Entwicklung: <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/> (letzter Zugriff: 3.3.2022).

52 Webseite des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: <https://www.wbgu.de/> (letzter Zugriff: 3.3.2022).

Biden hat nach der Wahl in seiner ersten Rede zu den Trump-Anhänger\*innen gesagt: »Wir sind Gegner, keine Feinde.« Die Freund-Feind-Unterscheidung in der politischen Philosophie stammt bekanntlich von Carl Schmitt. Wenn wir hingegen eine Wählerschaft sind, die miteinander mit Blick auf eine Regierungsbildung fragt, wo geht die gemeinsame Reise nach der Pandemie hin, dann wird auch die Demokratie gestärkt. Da glaube ich sogar, dass eine repräsentative Demokratie bessere Chancen hat als ein System wie in der Schweiz, das von polarisierten Ja-Nein-Entscheidungen geprägt ist. Nutzen wir die Chancen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie. Konstituieren wir uns jetzt als Wählerschaft, die gemeinsam ›Out of COVID‹ zu gehen gewillt ist.

**Frage: Nach der Bundestagswahl im September werden im Oktober dann Auswertungen der Wahl möglich sein. Wenn man schon von Tugenden spricht: Wie viel Genügsamkeit oder Verzicht brauchen wir künftig und wie können wir beides überzeugend begründen in einer Gesellschaft, deren Wirtschaftssystem Gegenteiliges impliziert? Wir leben in einer Konsumgesellschaft, die das Konsumieren zentral verinnerlicht hat. Wie bringt man einer solchen Gesellschaft Genügsamkeit und Verzicht bei?**

**Antwort:** Das ist ein Grundwiderspruch unserer Gesellschaft: Wir sind in der Nachkriegszeit von der zivilen Alltagsreligion des Konsumismus tief geprägt. Seit den 1970er Jahren kommen die Appelle, anders leben zu sollen. Die Konsumgesellschaft wird von Konsumkritik begleitet, seit es sie gibt. Zunächst einmal kann man sagen, Konsum ist nicht Kaufen. Der ökonomisch korrekte Begriff des Konsums bedeutet folgendes: Ich konsumiere die Schuhe, wenn ich sie trage und das Buch, wenn ich es lese. Man müsste im Grunde sagen: Konsumiert möglichst lange und gut und kauft bestimmte Dinge nicht. Das würde bedeuten, dass sich Konsumakte verschieben könnten, etwa von Waren zu Dienstleistungen, von bestimmten Produkten zu anderen Produkten. Ich kann ja auch höherwertige, langlebige und schöne Güter konsumieren. Ein Problem, dass mit diesem Widerspruch zwischen Konsumismus und Suffizienz zu tun hat, liegt darin, dass, wenn die bürgerlichen Mittelschichten ernsthaft suffizient leben würden, aber die Einkommen so blieben, wie sie sind, in Teilen der Bevölkerung die Sparquoten ansteigen würden. Das wären monetäre Suffizienzgewinne. Vegetarische Nichtraucher ohne eigenen PKW haben bestimmte Ausgaben nicht. Wie diese Suffizienzgewinne dann z. B. für langlebige Güter wie Häuser, Weinberge, Kunstsammlungen usw. eingesetzt würden, ist eine interessante Frage. Dann finanzierte man etwa eine besonders gute Ausbildung für die Kinder oder ästhetische Kompetenzen (wie Klavierspiel). Das klingt jetzt ein bisschen sehr privilegiert. Aber wir müssen nicht auf die gleiche Art und Weise weiter konsumieren, wie wir es die letzten 40 Jahre getan haben.

**Frage: Zum Thema Nachhaltigkeit: Im Moment heißt Wärmedämmung, Vorhangschürzen aus Styropor in Maueroptik vor die Häuser zu hängen. Das ist so wie früher, als man von Eternit begeistert war – bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass der darin enthaltene Asbest sehr gesundheitsschädlich ist. Die neue Variante einer nun nicht**

mehr Asbest-, aber doch Müllkrise deutet sich für mich damit an. In 20, 30 Jahren werden wir diese Styropor-Schürzen, die wir jetzt aus Wärmedämmungsgründen einsetzen, vernichten und etwas Neues bauen müssen. Das ist nicht nachhaltig. Ähnlich sehe ich es bei den Batterieautos. Natürlich stoßen Batterieautos a priori nicht Gase aus, wenn sie pur batteriebetrieben sind. Aber der graue Wert der Materialien ist hoch. Wir bauen unsererseits Abhängigkeiten gegenüber den Ländern auf, die Rohstoffe, u.a. seltene Erden, liefern, und es ist nicht klar, ob wir diese mittelfristig aufrechterhalten können. Die optimale Lösung haben wir also nicht für das Problem der Nachhaltigkeit, selbst wenn in dem Vortrag Ansätze aufgezeigt wurden.

**Antwort:** Das sind zwei strittige, von Ambivalenz geprägte Politikfelder, die da angesprochen sind. Wir können bestimmte Klimaziele nach allgemeinem Verständnis nur erreichen, wenn wir auch im Bereich der Raumwärme etwas tun. Neubauten sind, wie ich sagte, nicht das Problem, die Altbauten sind das Problem. Da kann man dann sagen, man senkt die Raumtemperatur auf 17 Grad ab. Aber dazu werden nur wenige bereit sein. Eine Möglichkeit ist das Dämmen, das unbestreitbare Nachteile hat. Ich habe dafür keine Patentlösung. Am besten wäre es, die Leute würden tatsächlich versuchen, Raumwärme zu sparen, indem sie Raumtemperaturen absenkten. Aber das scheint für viele (zu) viel verlangt. Man sieht in jedem Wintersemester an jeder Universität, wie die Bedürfnisse nach Raumwärme tatsächlich sind. Jede Universität ist in jedem Wintersemester im Grunde eine Energieverschwendungsmaschine. Ich gehe manchmal über die Flure und drehe Thermostate zurück. Das sind kleine Handlungen, mit denen ich vielleicht übers Winterhalbjahr mehr Energie einspare als ich selbst direkt verbrauche. Wäre dem so, so hätte ich persönlich negative Emissionen.

Das zu den Batterien Gesagte ist richtig, aber eine wirkliche Alternative zur Elektromobilität sehe ich nicht. Wir können nicht 46 Millionen Verbrennungsmotoren einfach umwandeln. Wir werden in Deutschland mit sehr viel weniger Fahrzeugen auskommen müssen, ca. 50 Prozent des heutigen PKW-Bestandes. Denn wir haben keinen Atomstrom mehr. Wir können auch nicht mit Gas Strom für Fahrzeuge produzieren. Wir haben keine Kohleverstromung mehr, wir haben nur noch die regenerativen Energien und wir müssen versuchen, Elektromobilität mit regenerativem Strom zu bewerkstelligen. Der ist aber limitiert. Erneuerbare Energien sind nicht unendlich vorhanden. Es sind endliche und kostbare Energiequellen.

**Frage: 28,8 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt werden für Klimaschutz und ›Bringing back nature into our lives‹ ausgegeben bzw. diese Ausgaben sind geplant. Gleichzeitig werden alleine in Deutschland mehrere 100 Milliarden Euro für Industriesubventionen, u. a. für die Autoindustrie ausgegeben. Hinzu kommen Boni-Erhöhung bei Managern, zum Beispiel bei der Lufthansa. Garantiert das die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder?**

**Antwort:** Ich bin immer für den Abbau aller umweltschädlichen Subventionen gewesen. Der Staat sollte nichts subventionieren, was mit Nachhaltigkeitszielen unvereinbar ist.

Die Zahl von 100 Milliarden muss man sich einmal genau anschauen. Wo geht das Geld tatsächlich hin? Es gibt hierzu bisher nur angerissene Diskussionen: Welche Branchen sollte man in der COVID-Krise stützen und welche nicht? Da fällt allen sofort die Lufthansa ein. Dazu wird gesagt, die Stützung der Lufthansa einschließlich der hohen Gehälter ermögliche den Status quo ante (vor der Pandemie). Das gleiche gilt für die Automobilindustrie. Viel zielführender wäre eine Diskussion in Anlehnung an Joseph Schumpeter darüber, ob und dass Kapitalismus immer ein Prozess der schöpferischen Zerstörung ist.<sup>53</sup> Etwas Altes geht und etwas Neues kommt. Im Kapitalismus bleibt nie alles so, wie es war, auch die Branchenstrukturen nicht.

**Frage: Die Klimakrise ist eine globale Krise: Ist die Aussage, in Europa würden wenig Umweltgifte emittiert, nicht falsch. Denn der Westen hat die konkreten Produktionen und damit auch die Produktionsemissionen ja externalisiert. Europäer konsumieren die Waren, die beispielsweise in China produziert werden.**

**Antwort:** Die Frage adressiert die Zurechnung von Emissionen: Wo wird in der Welt eine Tonne CO<sub>2</sub> emittiert und wo wird ein bestimmtes Produkt konsumiert, das andernorts unter hohem Energieeinsatz hergestellt wurde? Die letztgenannte Position lässt sich angesichts globalisierter Märkte ökonomisch nicht operationalisieren und würde die Klimapolitik überfordern. Dies hängt mit der Frage zusammen, ob Europäer massiv klimaschädliche Industrien ausgelagert haben. Das ist eine weltwirtschaftliche Frage, weil dabei zu bestimmen wäre, welche Anteile der globalen Investitionen tatsächlich aufgrund von Umwelt- und Klimapolitik ausgelagert worden sind. Das erste Klimaabkommen, das sogenannte Kyoto-Protokoll, hat für eine massive Verlagerung gesorgt, weil nur die westlichen Länder Klimaverpflichtungen eingingen, die größte Anzahl der Länder dagegen von Klimaverpflichtungen befreit blieb. Für große Schwellenländer war die Situation somit günstig, Investitionen anzulocken und die Industrieproduktion auszuweiten. Diese Länder, allen voran China, sind bedeutende Emittenten geworden. Das war der Webfehler des Kyoto-Protokolls und ein Grund für sein Scheitern. Jetzt haben wir ein neues Abkommen, in dessen Rahmen alle Länder sogenannte ›Nationally determined contributions‹ melden müssen, die über die Zeit hinweg verschärft werden sollen. Die Teilung der Welt im Kyoto-Protokoll hat mithin, um es nochmals zu sagen, entscheidend zu der Verlagerung beigetragen. Mit der Frage, wie hoch die Auslagerungen tatsächlich gewesen sind, hat man sich im Kieler Institut für Weltwirtschaft jahrelang beschäftigt. Ein ausgewiesener Ökonom, Gernot Klepper, hat einmal gesagt, er wisse gar nicht, wie er das berechnen solle. Es wird immer wieder gesagt, wir seien nur so sauber, weil wir ausgelagert haben. Empirisch gut bestätigt ist diese pauschale Aussage nicht.

**Frage: Die Darstellung der Verminderung der Umweltschädigung in früheren Zeiten bezieht sich auf Naturerleben und Körperwahrnehmung. Ist das in einer Massengesell-**

---

<sup>53</sup> Josef Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1993.

**schaft und in Millionenstädten so lebbar? Die nicht geringe Zahl an Erholungsparks in Berlin zum Beispiel, die Nichtbebauung des Tempelhofer Feldes fördert das Naturerleben. Das Naturerleben in den Pandemie-Wellen wurde hervorgehoben. Dagegen waren die geschlossenen Spielplätze für Familien mit Kindern während des ersten Lockdowns problematisch im Hinblick auf Erfahrung von Natur.**

**Antwort:** Richtig, ich habe aus einer privilegierten Position gesprochen, nämlich als jemand, der in einer ländlichen Region lebt und keine kleinen Kinder mehr hat. Ich beneide wirklich niemanden darum, der Kinder in der Corona-Zeit betreuen musste und muss. Es war und ist für viele Familien eine ganz schwere Zeit. Aber wenn man phänomenologisch spricht, dann kann man nicht aus der Perspektive einer anderen Person sprechen, also nicht aus der Perspektive einer Mutter von drei Kindern in Berlin-Marzahn im Hochhaus. Diese Mutter kann und soll für sich selber sprechen, wie sie diese Zeit erlebt und erfahren hat und was sie sich für sich und ihre Kinder hinsichtlich öffentlicher Freiflächen, Grünanlagen, Spielplätze für die nächste Zeit wünscht. Wir reden in den Städten fast nur noch über Mietpreise. Aber ich glaube, urbane Grünanlagenpolitik wäre auch eine gute Sozialpolitik, die wir in Städten machen könnten. Wir sollten uns dabei aber niemals nur auf unsere großen Metropolen wie Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Hannover fokussieren, sondern anerkennen, dass Deutschland traditionell ein Land mit klein- und mittelstädtischen Strukturen ist. Ich möchte gerne von der metropolitanen Diskussion wegkommen und würde sagen, Nachhaltigkeitspolitik findet in vielen Transition-Towns in der Größenordnung von 40.000 bis 100.000 Menschen statt. Auch Kiel ist ja noch keine wirkliche Großstadt. Mir ist diese Diskussion zu Berlin-zentriert. Viele Politiker haben nach meiner Meinung einen ›Berlin-Bias‹ und dabei nicht verstanden, was in Heide, in Itzehoe, in Bad Bramstedt, in Flensburg vor sich geht, um nur Beispiele aus Schleswig-Holstein zu nennen. Für eine wirkliche Nachhaltigkeitspolitik brauchen wir jedoch auch die Unterstützung der ländlichen und der kleinstädtischen Bevölkerung.

## Update Frühjahr 2022

Die Zeit zwischen dem Vortrag und der Publikation brachte nicht nur die Diskussionen über die Weigerung eines Teils der Bevölkerung, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen, nicht nur die von der Omikron-Variante dominierte vierte Welle, die sich bis ins Frühjahr 2022 hineinzog, sondern auch den Überfall der russischen Führung auf die Ukraine Ende Februar 2022, der zu einem erbittert geführten Verteidigungskrieg, zu millionenfachem Leid und Elend der Zivilbevölkerung und zur Massenflucht aus der Ukraine führte. Die Unvernunft der Impfgegner\*innen verblässt gegen die Brutalität der russischen Kriegsmaschine. In Deutschland ändern sich Wertigkeiten: Bei den öffentlichen Pro-Ukraine-Demonstrationen Anfang März 2022 tragen die Teilnehmer\*innen in der Regel keine Masken mehr, auch bei Gedränge nicht. Die Hoffnung auf ein ›window of opportunity‹

zugunsten von Nachhaltigkeitspolitik wurde durch den Krieg jäh durchkreuzt. Nicht zu vergessen ist, dass der neue Bericht des Weltklimarates Intergovernmental Panel on Climate Change noch einmal die Dramatik des Klimawandels betont hat. Was werden die Folgen für arme Länder sein, wenn die Getreideernte der Ukraine 2022 kriegsbedingt ausfällt? Pandemie, Krieg, Klimawandel, Teuerung, vielleicht Nahrungsknappheit: Es ist, als drohe die bürgerliche Welt, deren Wohlstand und Frieden so sicher schienen, aus den Fugen zu geraten. Das Leben nach der Pandemie, das der Vortrag mit der Hoffnung auf den Kairos thematisiert, wird ein Leben mit oder nach einem Krieg und ein Leben im Klimawandel sein. Im antiken Griechenland kannte man die sogenannten ›halkyonischen Tage‹, in denen es sich bei einer leichten Brise gut übers Meer segeln ließ. Diese freundliche Großwetterlage scheint vorüber. Mag sein, dass wir den ›guten‹ Jahren vor 2020 nachtrauern werden. Wichtig ist jetzt die Einsicht, dass ein republikanisches Gemeinwesen mehr sein muss als eine ›Schönwetterdemokratie‹. Die Agenda einer neuen Regierung mag binnen Tagen zur Makulatur werden, die Prinzipien unserer Verfassung und auch die Ziele von Nachhaltigkeit und Klimaschutz werden durch die Zeitläufte nicht widerlegt, sondern bestätigt. Die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten (Gesundheit, Wohlstand, Frieden, Freiheit) verwandeln sich mitten unter uns auf schreckhafte Weise in kostbare Errungenschaften, die es zu verteidigen gilt. Vergessen wir nicht, dass der Frieden, den unsere Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Wappen führt (›Pax optima rerum‹), auch ein Ziel der ›Sustainable Development Goals‹<sup>54</sup> ist.

---

## Autor

**Prof. Dr. Konrad Ott** 

Lehrstuhl für Philosophie und Ethik der Umwelt, Philosophisches Seminar,  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, [ott@philsem.uni-kiel.de](mailto:ott@philsem.uni-kiel.de)

Konrad Ott ist seit 2012 Direktor des Lehrstuhls für Philosophie und Ethik der Umwelt am Philosophischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie Gründungsdirektor des Gustav-Radbruch-Netzwerks für Philosophie und Ethik der Umwelt. Er hat in Frankfurt Philosophie, Geschichte und Germanistik studiert, nach ausgiebigen Reisen in Südostasien, Nepal und Indien. 1989 wurde er in Frankfurt in Philosophie promoviert. Im Anschluss entwickelte er ein großes Interesse an der Umweltethik. Für einige Jahre war Konrad Ott Mitglied im Tübinger Graduiertenkolleg Ethik in den Wissenschaften, wo er sich, ebenso wie in den Folgejahren, intensiv mit den Themenkomplexen Moralbegründung, Ethiktheorien, Umweltethik, Technikfolgenabschätzung beschäftigte. 1995 habilitierte er sich an der Universität Leipzig und ging anschließend nach Zürich, wo er in Forschungsprojekten zur Technikfolgenabschätzung und Ethik mitarbeitete. 1997 wurde er auf eine Stiftungsprofessur an die Universität Greifswald berufen, wo er bis zu seinem Ruf nach Kiel an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät im interdisziplinären Studiengang

---

54 Die Webseite des Departement of Economic and Social Affairs der United Nations: <https://sdgs.un.org/goals> (letzter Zugriff: 25.3.2022).

Landschaftsökologie und Naturschutz das Fach Umweltethik lehrte. Außerakademisch war Konrad Ott von 2000 bis 2008 im Sachverständigenrat für Umweltfragen tätig. Zusammen mit Ralf Döring entwickelte er in dieser Zeit eine theoretische Konzeption ›Starke Nachhaltigkeit‹. In Kiel ist er seit 2012 an mehreren Forschungsverbänden der Universität beteiligt, zum Beispiel an den Exzellenzinitiativen Future Ocean und ROOTS. Hinzu kommen zahlreiche Drittmittelprojekte.

---

## Open Access

Der Beitrag ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International veröffentlicht. Den Vertragstext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>. Bitte beachten Sie, dass einzelne, entsprechend gekennzeichnete Teile des Beitrags von der genannten Lizenz ausgenommen sein bzw. anderen urheberrechtlichen Bedingungen unterliegen können.